

Horgen

«Die Stunden für den Kantonsrat fehlten mir für den Beruf»

OBERRIEDEN Von der grösseren Politbühne Kantonsrat zog sich Martin Arnold (SVP) mit seinem vorzeitigen Rücktritt zurück. Er konzentriert sich nun auf Gemeindepräsidium und Beruf.

Sie waren 14 Jahre im Kantonsrat. Fiel der Abschied schwer?

Martin Arnold: Ja, denn ich hatte eine Menge Kontakte zu ganz vielen interessanten Menschen aus allen Parteien, die im Kanton etwas bewegen wollen. Diese Kontakte werden mir fehlen.

Warum haben Sie aufgehört?

Der zeitliche Aufwand liess sich nicht mehr mit meiner beruflichen Tätigkeit vereinbaren. Das Gemeindepräsidium beansprucht eher Randzeiten, tangiert die berufliche Arbeitszeit weniger.

Die Dreifachaufteilung Kantonsrat, Gemeindebehörde und Beruf, die gibt es bei einigen Ihrer ehemaligen Ratskollegen auch.

Ich bin Partner in einer PR-Agentur, wir haben soeben eine Fusion vollzogen und ich trage da Verantwortung – auch für die Mitarbeitenden. Die Stunden für den Kantonsrat, ganzer Montag und Donnerstagmorgen für die Kommissionssitzung, dazu Aktenstudium am Wochenende, die fehlten mir für den Beruf.

Mit dem Abschied vom Kantonsrat haben Sie auch die Hoffnung auf einen Regierungsratssitz aufgegeben für die Nachfolge Kägi, der voraussichtlich nicht mehr antreten wird.

Es heisst, Sie hätten da wenig Chancen gehabt, weil schon zwei Linksufrige im Regierungsrat sind.

Solche Gedankenspiele habe ich nicht gemacht. Die regionale Herkunft würde eher eine untergeordnete Rolle spielen. Aber einen solchen Schritt kann man nicht planen. Die Luft da oben ist sehr dünn. Die berufliche Entwicklung hingegen kann ich selber beeinflussen.

Sie waren Mitglied der Finanzkommission und präsidierten diese von 2007 bis 2011. Was haben Sie da erreicht, ausser den Sparkurs der SVP zu vertreten?

Als Präsident hat man eher Führungsaufgaben und sorgt für das Funktionieren der Kommission. Anträge durchzubringen, die Ausgaben verhindern wollen, ist nicht das oberste Ziel. Viel wichtiger war, dass wir nie einen budgetlosen Zustand gehabt und immer wieder zwischen den Parteien einen Kompromiss gefunden haben. Ich habe vielfach zwischen den Fraktionen eine vermittelnde Funktion gehabt und nach sinnvollen Lösungen gesucht.

Eine Entscheidung, die Ihnen am Herzen lag, aber nicht zustande kam . . .

Ich habe die Spezialkommission ZKB präsiert, in der wir das ZKB-Gesetz beraten haben. Schlussendlich war ich mit dem Resultat nur bedingt zufrieden. Dass man den Partizipationsschein nicht im Gesetz verankert hat, das erachte ich als Fehler. Auch hat man das Korsett für die Bank sehr eng geschnürt. Man hätte der Bevölkerung die Möglichkeit geben sollen, sich an der Bank zu beteiligen. Das hätte für den Kanton eine finanzielle Entlastung bedeutet.

An welche Kantonsratssitzung denken Sie besonders gerne zurück?

Es gab mehr als eine. Ein Beispiel ist sicher die Diskussion um den Richtplan. Da konnte ich mit Kollegen aus anderen Fraktionen dazu beitragen, dass die etwa 250 Einzelanträge, die aus der vorberatenden Kommission gekommen sind, speditiv bearbeitet wurden. Die Debatte war durchorchestriert und wir haben einen Richtplan verabschiedet, der im Rahmen des Möglichen eine liberale Handschrift trägt. Dies hat zu einer sachlichen Debatte geführt, auch wenn die linke Ratsseite keine grosse Freude hatte.

Emotionale Momente?

Was sicher immer speziell gewesen ist und mich berührte, das waren die Vereidigungen am Beginn jeder Amtsdauer. Da wurde mir vor Augen geführt, wofür man eigentlich gewählt ist.

Was geben Sie Ihrem Nachfolger Marcel Suter mit auf den Weg?

Ich gebe keine Ratschläge. Aber gut hinhören, immer gut zuhören, in der Fraktion und in den Kommissionen, und auch die Meinung Andersdenkender ernst nehmen schadet sicher nicht.

Früher mussten Sie zwischen der Rolle des Kantonsrats und jener des Gemeindepräsidenten wechseln. Nun liegt der Fokus auf Oberrieden. Wie beantworten Sie jetzt die Frage: Spart der Kanton auf dem Buckel der Gemeinden?

Hm, ein wenig schon, aber nicht übermässig. Das bereitet den Gemeinden nicht die grösste Sorge. Es sind die Kosten der Sozial- und Pflegeleistungen. Der Kanton finanziert die Spitäler, die Gemeinden die Pflegeleistungen. Da haben die Gemeinden insofern den Kürzeren gezogen, weil sich die Kosten in der Pflege dynamischer entwickeln als im Spitalbereich. Die Demografie der Bevölkerung lässt sich nicht steuern.

Apropos Kosten im Griff haben: Das Defizit der Oberriedner Rechnung fällt wegen des BVK-Austritts doppelt so hoch aus. Konnte man das nicht voraussehen?

Beim Austritt aus der BVK ist tatsächlich nicht alles ganz rund gelaufen. Die BVK hat der Gemeinde nicht rechtzeitig alle Informationen geliefert. Das hat die Berechnung der Kosten erschwert.

Auch beruflich werden Sie weiterhin mit der Politik verbunden bleiben, als Partner einer PR-Agentur sind Sie unter anderem für politische Kampagnen zuständig. Nützt Ihnen Ihr bisher aufgebautes politisches Netzwerk?

Das Netzwerk und die politische Erfahrung sind sicher hilfreich. Für die Akquisition war die Parlamentsarbeit aber kein Vorteil.

Warum?

Als aktiver Parlamentarier kann das zu Interessenkonflikten führen oder man läuft Gefahr, dass Governance-Regeln gebrochen werden. Ausserdem legen wir unsere Mandate offen. Ich kann also nicht als Parlamentarier auf der einen Seite stehen und als PR-Berater die andere Seite unterstützen.

Sie haben sich auch als Leserbriefschreiber bemerkbar gemacht. Nun sagt man PR-Agenturen nach, dass sie auch Leserbriefkampagnen lancieren . . .

Natürlich motivieren wir Leute, Leserbriefe zu verfassen. Was wir aber sicher nicht machen, ist, dass unsere Agentur unter verschiedensten Namen Leserbriefe schreibt.

Man sieht Sie stets mit Tablet oder Mobile in der Hand.

Meinungsbildung läuft heute über verschiedene Medien. Und mobiles Arbeiten ist auch ein Stück Gewinn an Freiheit, wenn es richtig gemacht wird.

Sind die Gemeinden in Sachen Social Media gut aufgestellt?

Diesen Schritt muss man sich gut überlegen. Ein Twitter-Kanal oder Facebook-Account ist schnell eingerichtet. Aber das funktioniert nur, wenn es auch in eine Strategie eingebettet ist und bewirtschaftet wird. Das heisst aktualisieren, schnell reagieren und das bindet Ressourcen. Für eine Gemeinde wie Oberrieden ist die Zeit dafür nicht reif. Mit der neuen Website haben wir auch neue Services eingeführt. Das kann man ausbauen, wenn wir das als notwendig betrachten.

Interview: Gaby Schneider

© Zürichsee-Zeitung. Alle Rechte vorbehalten.